

Vorwort zur Neuauflage 2006

Zu den großen Kontroversen der Südtirolpolitik gehörten lange Jahre die Fragen, ob es 1945/46 eine Chance zur Rückkehr des Landes zu Österreich gegeben hat und – wenn ja – ob diese Chance verspielt oder vertan wurde, welche Rolle der damalige österreichische Außenminister Karl Gruber und die Südtiroler Führung auf der einen und der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi auf der anderen Seite spielten, ob Gruber Südtirol „verraten“ und gegenüber den Alliierten kapituliert hat und vor allem, welche Bedeutung das Abkommen hat, das er im September 1946 in Paris mit De Gasperi unterzeichnet hat. Dabei ging es jahrelang mehr um politische Glaubensbekenntnisse denn um solide Aktenkenntnis. Immer wieder wurde auch Bruno Kreisky erwähnt, der das Abkommen einmal als ein „einmaliges Dokument österreichischer Schwäche“ bezeichnet hatte.

1987 habe ich mein erstes Buch zur Südtirolfrage veröffentlicht.¹ Das Land hatte mich interessiert, so wie alle Länder, die geteilt wurden: Das betraf Deutschland, Vietnam und Korea, über die ich ausführlich geschrieben und Fernseh- und Hörfunkdokumentationen produziert habe. Und eben auch Südtirol. Seit jener Zeit ist Südtirol für mich fast so etwas wie eine Leidenschaft geworden. Ich habe mich später immer wieder zu diesem Thema geäußert.²

In dem erwähnten Buch aus dem Jahr 1987 habe ich mich erstmals auf der Basis umfassender Akten aus London, Washington, Rom, Wien und Innsbruck mit dem Thema „Südtirol 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen“ beschäftigt. Diese Arbeit wird hier unverändert wieder vorgelegt – mit einem etwas anderen Titel, damit die Problematik, um die es damals ging, noch deutlicher wird. Außerdem wurde das Personenregister aktualisiert; aus technischen Gründen konnte der Bildteil leider nicht übernommen werden.

Die o. g. Fragen hatte ich 1987 klar und dezidiert beantwortet. Meine These damals und heute: Nicht Österreich oder Italien hatten über die Brennergrenze zu entscheiden, sondern die Alliierten. Und die hatten letztlich kein Interesse an einer Grenzveränderung. Sie wollten Italien nicht weiter schwächen, und die Zukunft Österreichs schien zu unsicher, auch wenn nach den Nationalratswahlen in Österreich im November 1945 und der dabei erlittenen Niederlage der Kommunisten in Washington und London über ein Plebiszit in Südtirol nachgedacht wurde. Es blieb beim Nein, den Südtirolern wurde die Selbstbestimmung verweigert, das Land geriet frühzeitig in die Mühlen des Kalten Krieges. Angesichts dieser Sachlage machte Gruber das Beste aus dem, was noch erreichbar war – Autonomie –, und unterzeichnete das erwähnte Abkommen, das zwar nicht ideal war, aber das Überleben der Südtiroler in einem fremden Staat sicherte, das Thema internationalisierte und 1960 den Gang Österreichs zur UNO ermöglichte. Das Abkommen machte Österreich zur „Schutzmacht“ für Südtirol, auch wenn man in Wien damals zunächst nicht gerade begeistert über das Ergebnis von Paris war. Man hatte hohe und offensichtlich zu hohe Erwartungen gehabt – Rückkehr Südtirols – und war enttäuscht worden. Das Abkommen wurde in Wien nicht einmal ratifiziert, in Rom allerdings Teil des italienischen Friedensvertrages.

Michael Gehler vertritt in seiner 1996 erschienenen Arbeit zum Thema³ folgende These: Außenminister Gruber habe die stärkste „Waffe“ der österreichischen Politik, nämlich die Forderung nach Selbstbestimmung, nicht richtig eingeschätzt und von daher zu früh aus der Hand gegeben. Er nennt Grubers Politik bis zum Sommer 1946 deshalb einen „konsequenten Rückzug auf Raten“. Ich habe schon damals die Frage gestellt, wie stark diese „Waffe“ Selbstbestimmung wirklich war. Ich war und bin der Meinung, dass sie nicht besonders stark war; alles, was nach 1945 deutsch sprach, hatte damals schlechte Karten. Leopold Steurer hat im Jahre 2000 einen sehr lesenswerten Aufsatz – auf der Basis auch italienischer Akten – vorgelegt.⁴ Er lehnt Gehlers These ab und übernimmt die Formel Viktoria Stadlmayers – 1957 bis 1985 Leiterin des Referates „S“ der Tiroler

Landesregierung –, die von einem unkoordinierten „Zickzackweg“ Grubers gesprochen hatte, was wohl soviel wie Ziellosigkeit heißen sollte. Gerade das aber war bei Gruber nicht der Fall. Sein Ziel war absolut klar – nämlich: Beseitigung der Brennergrenze, alles oder nichts, Rückkehr Südtirols, keine Autonomie. Als das scheiterte, versuchte er es mit der viel kritisierten Pustertallösung, die zumindest das Ende der Brennergrenze bedeutet hätte – mit der Zukunftsperspektive „to get the Italians on the run“, wie es in London hieß. Als auch das scheiterte und die Italiener die „beati possidentes“ waren, ging es nur noch darum, zu retten, was zu retten war, und was er im September 1946 unterschrieb. Das war zwar nicht das, was man in Wien, Innsbruck und Bozen erhofft hatte, aber allemal besser, als mit leeren Händen aus Paris zurückzukehren. Eine ganz andere Sache ist, wie die Italiener in Rom und Trient in späteren Jahren das Abkommen dann umsetzten. Sie kümmerten sich wenig um das, was De Gasperi unterschrieben und wozu sie sich vertraglich verpflichtet hatten, spielten im Gegenteil ihre Macht rücksichtslos aus und verfolgten die „51%“-Politik, d. h. weitere Zuwanderung nach Südtirol, bis man dort die Mehrheit hatte. Die Reaktion der Südtiroler kam Ende der fünfziger Jahre mit der Forderung „Los von Trient!“ Verbunden damit gab es schon bald wieder die Forderung nach Selbstbestimmung, aber im Unterschied zu 1945/46 ist das nie wieder offizielle Politik der Wiener Regierung oder der SVP-Führung geworden, auch wenn es einzelne Stimmen gab. So meinte Peter Brugger, Mitglied der SVP-Parteileitung, im September 1959, die Frage sei doch, „dass wir jetzt innerhalb unseres Gre-miums langsam auf Selbstbestimmung umstecken“.⁵ Ähnlich dachten einige in Innsbruck und Wien, im Bergisel-Bund und -viele SVP-Ortsobmänner. Aber praktische Politik war das zu keinem Zeitpunkt mehr.

Die inzwischen verstorbene Viktoria Stadlmayer hatte 1987 meine Interpretation noch abgelehnt, in ihrem 2002 erschienenen Alterswerk⁶ sah sie das dann anders. Sie akzeptierte meine Thesen weitgehend und wertete das Gruber-De Gasperi-Abkommen ebenfalls positiv. Ihrer Meinung nach hatten Gruber und die Südtiroler Führung lediglich ihre Position unterschätzt und dabei Chancen verpasst – was nach wie vor zu beweisen wäre.

Man muss m. E. das Thema aus der internationalen Perspektive sehen und nicht nur aus der engen Tiroler Sicht, um zur Erkenntnis zu gelangen, die Gruber schon damals formuliert hat: Für die Alliierten war Südtirol Kleingeld – und es war das erste Opfer des Kalten Krieges. Erstaunlich auch das Urteil Stadlmayers zu Gehlers Selbstbestimmungsthese: Sie hielt die Aussichten für eine Volksabstimmung nicht nur für gering, sondern deren Konsequenzen sogar für gefährlich. Südtirol wäre angesichts der demographischen Situation mit Sicherheit geteilt worden.

Ich habe das Gruber-De Gasperi-Abkommen 1987 als „Magna Charta“ Südtirols bezeichnet, wie im Folgenden wieder nachgelesen werden kann. Diese These wird nunmehr glänzend bestätigt: Parallel zu dem vorliegenden Neudruck meiner Arbeit aus dem Jahr 1987 wird ein weiterer Band der „Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969“ vorgelegt, nämlich das Jahr 1960, dem ich den Untertitel gegeben habe: „Vor der UNO“.⁷ Wer die entsprechenden Dokumente dort liest, wird erkennen, dass es ohne das Gruber-De Gasperi-Abkommen eine Südtirol-Resolution der UNO niemals gegeben hätte, das Thema wäre nicht einmal auf die Tagesordnung der UNO gekommen.

Innsbruck, im Juli 2006

Rolf Steininger

www.rolfsteininger.at

1 Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987.

- 2 Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1999, 3. Auflage 2004, 624 Seiten (mit ausführlichen Literaturhinweisen).
Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck 1999, 418 Seiten.
Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden, Bozen 1999, 2540 Seiten.
Alto Adige/Sudtirolo 1918–1999, Innsbruck 1999, 120 Seiten.
Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2003 (erweiterte Auflage von „Südtirol 1918–1999“, 1999), 129 Seiten (mit neuerer Literatur).
South Tyrol. A Minority Conflict of the Twentieth Century, New Brunswick (USA)/London 2003, 171 Seiten.
Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969 (ASTP), 1959: Aufbruch im Andreas-Hofer-Jahr, Innsbruck–Wien–Bozen 2005, 688 Seiten.
Neben zahlreichen Aufsätzen gibt es darüber hinaus im Internet auf meiner Website einen Schwerpunkt „Südtirol“ – mit einem kurzen Essay, Literaturangaben und weiteren Links.
- 3 Michael Gehler (Hrsg.), Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation (Schlern-Schriften 302), Innsbruck 1996, 642 Seiten.
- 4 Südtirol 1943–1946: Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag, in: Hans Heiss/Gustav Pfeifer (Hrsg.), Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946, Innsbruck–Wien–München 2000, S. 48–106.
- 5 ASTP, 1959, S. 434.
- 6 Viktoria Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide DeGasperi 1945/46 (Schlern-Schriften 320), Innsbruck 2002, 340 Seiten.
- 7 Rolf Steininger (Hrsg.), Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, Bd. 2, 1960: Vor der UNO, Innsbruck–Wien–Bozen 2006, 864 Seiten.